

KURZNOTIZEN

Bürger wollen Gerechtigkeit

BERLIN. Das Bundeskabinett hat am Mittwoch den Regierungsbericht zur Lebensqualität in Deutschland verabschiedet. Er zeige sehr deutlich, dass die Bürger ein gerechtes Land wollen, erklärte Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) in Berlin. Ihre wichtigsten Forderungen seien Chancengleichheit, Zusammenhalt, Gleichstellung von Frauen und Schließung der Schere zwischen Arm und Reich bei Einkommen, Bildung und Gesundheitsversorgung. Der Bericht ist das Ergebnis eines Bürgerdialogs im vergangenen Jahr.

Mindestlohn steigt auf 8,84 Euro

BERLIN. Die Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns 2017 ist unter Dach und Fach. Das Bundeskabinett beschloss gestern die entsprechende Verordnung, teilte das Arbeitsministerium mit. Damit steigt der Mindestlohn zum 1. Januar von 8,50 Euro auf 8,84 Euro brutto. Die Anhebung war im Sommer von der Mindestlohn-Kommission beschlossen worden; die Bundesregierung konnte in ihrer Verordnung nicht davon abweichen. Für einen Beschäftigten in Vollzeit bedeutet die Erhöhung ein Plus von 54,40 Euro brutto im Monat.

Berlin will mehr Videoüberwachung

BERLIN. Bundesinnenminister Thomas de Maizière will die Befugnisse der Sicherheitsbehörden bei der Videoüberwachung erheblich ausbauen. In einem Gesetzentwurf begründete der Minister seine Pläne mit den Erfordernissen der Terrorabwehr, berichten die „Ruhr Nachrichten“. Insbesondere gehe es ihm dabei um die Videoüberwachung an öffentlichen Orten, die privatrechtlich betrieben werden – etwa Einkaufszentren, Busse und Bahnen. Die Sicherheit solle „durch einen verstärkten Einsatz von Videoüberwachung insgesamt erhöht werden“.

Eine Drohne für den Selbstmord

TEHERAN. Irans Revolutionsgarden haben eine Drohne vorgestellt, die auch für Kamikazeangriffe eingesetzt werden kann. Nach Angaben der Nachrichtenagentur Tasnim kann das Fluggerät mit einer Reichweite von 1000 Kilometern und einer maximalen Flugdauer von vier Stunden als „Selbstmord-Drohne“ in feindliche Kriegsschiffe einschlagen. Im Persischen Golf kommt es immer wieder zu Zwischenfällen zwischen der US-Marine und Revolutionsgarden. Laut Iran kreuzen die US-Schiffe in iranischen, laut US-Navy in internationalen Gewässern.

USA fordern Vertragstreue

HAMBURG. Die USA sehen den INF-Vertrag mit Russland über den Verzicht auf atomare Mittelstreckenwaffen gefährdet. Das berichtet die Wochenzeitung „Die Zeit“. Das Abkommen war 1987 von den USA und der damaligen Sowjetunion geschlossen worden. Schon seit 2010 werfen die USA Russland vor, verbotene landgestützte Marschflugkörper zwischen 500 und 5500 Kilometern Reichweite zu testen. Russland hat den USA vorgeworfen, den INF-Vertrag durch ihren Raketenschirm mit Stationen in Polen und Rumänien zu verletzen.



„Dschungel“ steht in Flammen

Im Flüchtlingslager von Calais sind am Mittwoch zahlreiche Hütten und Zelte abgebrannt. Dichter schwarzer Rauch stieg über dem Lager in Nordfrankreich auf. Der „Dschungel von Calais“, wie das wilde Lager genannt wurde, gilt seit gestern als vollständig geräumt. Die Bewohner werden auf offizielle Lager verteilt. Die Feuerwehr mühte sich, die Flammen zu löschen, sie war mit der Zahl der Brandherde aber zunächst überfordert. Helfer brachten zudem Gasflaschen aus der Gefahrenzone, mindestens eine Gasflasche explodierte. Die für Calais zuständige Präfektin Fabienne Buccio sagte, die Brände seien von den Flüchtlingen selbst gelegt worden. Sie sprach von einer „Tradition bestimmter Gruppen, ihre Unterkünfte vor dem Aufbruch zu zerstören“. FOTO: DPA

Regierung warnt vor Altersarmut

Bericht sieht wachsende Risiken vor allem für Geringverdiener – und empfiehlt eine stärkere private Vorsorge

VON BASIL WEGENER UND MARC TIRL

BERLIN. Viele Menschen in Deutschland rutschen voraussichtlich in die Altersarmut ab – wenn sie nicht mehr selbst vorsorgen. Vor allem Geringverdiener sind nach Prognosen der Bundesregierung betroffen. Das geht aus dem „Alterssicherungsbericht 2016“ hervor, der voraussichtlich Ende November im Kabinett beraten wird.

Insgesamt sorgten demnach gerade die Bezieher geringer Einkommen zu wenig zusätzlich vor. „Während über alle Einkommensklassen hinweg rund 30 Prozent der Befragten angaben, über keine zusätzliche Altersvorsorge zu verfügen, sind es bei den Geringverdienern mit einem Bruttolohn von weniger als 1500 Euro pro Monat knapp 47 Prozent.“ Dabei gehe es um rund 1,9 Millionen der knapp

4,2 Millionen erfassten sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in dieser Niedriglohngruppe. Fast drei Viertel sind Frauen.

Den Alterssicherungsbericht erstellt das Bundesarbeitsministerium alle vier Jahre. Aus dem 258 Seiten starken Dokument geht auch hervor, dass die gesetzliche Rente immer noch die größte Bedeutung für die Versorgung älterer Menschen hat. 2015 erhielten 90 Prozent der 65-Jäh-

rigen und Älteren eine Versicherungsrente aus der gesetzlichen Rentenversicherung.

Bezogen auf alle Empfänger ergebe sich in diesem System eine durchschnittliche Leistungshöhe von 960 Euro brutto und 861 Euro netto im Monat. Dabei seien größere Unterschiede zwischen Männern und Frauen sowie zwischen den alten und neuen Bundesländern festzustellen.

Allerdings werde die betriebliche Altersvorsorge im-

mer wichtiger: Verfügten 2003 noch 25 Prozent der Menschen ab 65 Jahren über eine Rente aus der betrieblichen Altersvorsorge, so waren es im vergangenen Jahr bereits 30 Prozent. Die durchschnittliche Höhe einer Bruttorente aus betrieblicher Altersvorsorge betrage monatlich 418 Euro.

Bekannt wurde am Mittwoch auch, dass sich die rund 21 Millionen Rentner in Deutschland 2017 möglicherweise mit einer geringeren

Rentenerhöhung begnügen müssen als in diesem Jahr. Der am Mittwoch vom Bundeskabinett beratene Haushaltsplan für die Deutsche Rentenversicherung sieht nach Angaben der „Nordwest-Zeitung“ eine Steigerung der Altersbezüge ab Juli 2017 um 2,3 Prozent im Westen und 2,58 Prozent im Osten vor. Im Juli dieses Jahres waren die Renten im Westen um 4,25 Prozent und im Osten um 5,95 Prozent gestiegen – und damit so stark wie seit 23 Jahren nicht mehr.

Die Deutsche Rentenversicherung verwies aber darauf, dass die Angaben aus dem diesjährigen Haushaltsplan nur vorläufig sind. Derzeit seien noch keine belastbaren Aussagen zur Höhe der Rentenanpassung im nächsten Jahr möglich, hieß es in einer Erklärung. Die für die Rentenanpassung 2017 relevanten Daten stünden erst im Frühjahr nächsten Jahres fest.

Unionspitze berät über Rentenreform

Die Führungen der Unionsparteien wollen am Freitag über Reformschritte bei der Rente beraten. Die CSU will die Mütterrente für Frauen, die vor 1992 Kinder geboren haben, um einen Rentenpunkt erhöhen und damit anderen Frauen gleichstellen. Dies kostet nach Berechnungen des Arbeitsmi-

nisteriums etwa 6,5 bis 7 Milliarden Euro im Jahr. In der CDU gibt es Widerstand gegen diesen Plan.

Sowohl der Chef der CDU-Arbeitnehmerschaft (CDA), Karl-Josef Laumann, als auch der Chef der Mittelstandsvereinigung, Carsten Linnemann,

sprachen sich in der „Welt“ dagegen aus. Bei dem Treffen der Unionspitze wird es voraussichtlich auch darum gehen, inwieweit die Rente ein Thema für den Bundestagswahlkampf werden soll. Sozialministerin Andrea Nahles (SPD) will im November ein Rentenkonzept vorlegen.

Bei Ceta stehen die Zeichen auf Einigung

Fünf-Punkte-Plan soll Widerstand der Region Wallonie beenden – Gipfel wird verschoben

VON DETLEF DREWES

BRÜSSEL. Auf das erlösende Wort vom „Durchbruch“ warteten gestern Abend die EU-Spitzen ebenso wie die kanadische Regierung noch vergeblich. Zwar sah es am Mittag so aus, als könne der innerbelgische Streit um Ceta, das hart umkämpfte europäisch-kanadische Freihandelsabkommen, binnen weniger Stunden beigelegt werden. Doch die Hoffnung, dass Premierminister Justin Trudeau noch eine Maschine nach Brüssel nehmen könne, um Ceta heute zu unterschreiben, sank am Nachmittag auf null. Grund dafür war ein Satz des Chefs der belgischen Föderation Wallonie-Brüssel, Rudy Demotte: „Der geplante EU-Kanada-Gipfel ist am Donnerstag ganz klar unmöglich.“

Dabei lag da längst ein Fünf-Punkte-Plan auf dem Tisch, der die wesentlichen Forderungen der belgischen Landesteile enthielt und dem sogar die Europäische Kommission bereits ihren Segen gegeben hatte. Er enthielt



Für manche sind die Wallonen auch Helden: Demonstration vor der belgischen Botschaft am Mittwoch in Berlin. FOTO: DPA

eine allgemeine Schutzklausel, die es dem Land möglich machen sollte, auch nach Inkrafttreten von Ceta wieder auszusteigen. Auseinandersetzungen zwischen Investoren und Ländern sollten vor einem internationalen Gericht stattfinden, das mit Berufsrichtern aus den Mitgliedsstaaten besetzt werden muss. In der Landwirtschaft hatte man sich auf zusätzliche Schutzstandards für Verbraucher und Landwirte verständigt. So besteht Belgien auf einem Rücktrittsrecht auch

von einzelnen Bestimmungen (beispielsweise der Zulassung eines Lebensmittels).

Und außerdem wurde nochmals betont, was auch schon im Vertrag selbst sowie im Anhang, den die übrigen Mitgliedsstaaten unterzeichnen wollen, festgehalten wird: Dienstleistungen von allgemeinem Interesse sowie der Sozialversicherungsbereich sind bei Ceta tabu. Das schien ausreichend, um das wallonische Parlament von seinem strikten Nein gegen den Vertrag mit Ottawa abzubringen.

Dem Vernehmen nach soll dies schon am heutigen Vormittag geschehen. Den Gipfel mit Trudeau könne man dann möglicherweise in der kommenden Woche nachholen. Selbst Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hatte bereits am Mittwochvormittag betont, eine Einigung sei wichtiger: „Wann dies geschieht, ist weniger wichtig, als dass es passiert.“

Die belgischen Verhandler standen unter Druck: Es begannen schon Spekulationen, wie man Ceta auch ohne belgische Zustimmung retten könnte. So hätte man Ceta zerlegen können: in einen reinen handelspolitischen Teil, den die EU-Kommission allein in Kraft setzen könnte, und einen Teil mit Bestimmungen, die die nationale Verantwortung der Mitgliedsstaaten berührt – dieser hätte dann später nachgereicht werden müssen.

Diese Variante sorgte für heilsame Hektik. Zumindest sah es am Abend ganz danach aus, dass man auch die letzten Klärungen juristischer Art schaffen würde.

Berlin nimmt Italien kaum Flüchtlinge ab

BERLIN. Die Bundesregierung bleibt bei der Aufnahme von Flüchtlingen aus Italien und Griechenland weit hinter ihrer Zusage zurück. Von den 27.485 Asylsuchenden, die nach dem EU-Verteilungsmechanismus bis Mitte kommenden Jahres von Deutschland aufgenommen werden sollen, sind bislang nur 216 Personen umverteilt worden – 20 aus Italien und 196 aus Griechenland. Das geht aus einer Antwort des Bundesinnenministeriums auf eine Anfrage der Grünen im Bundestag hervor, die dem RedaktionsNetzwerk Deutschland vorliegt.

Das Ministerium erklärt die zögerliche Aufnahme mit dem „Migrationsgeschehen im Jahr 2015“. Ab sofort will Berlin aber großzügiger sein. „Es ist längst überfällig, dass die Bundesregierung sich zu der bereits im September 2015 beschlossenen verbindlichen Umverteilung von Schutzsuchenden aus Italien und Griechenland bekennt“, sagt Luise Amtsberg, Asylerpertin der Grünen im Bundestag.